

„Beschwerdebuch-Verfahren“ für Sondermülldeponie:

Münchehagen: Bürger sollen Emissionen sofort melden

Überflugverbot beantragt / Luftüberwachungssystem eingeführt

Wiedensahl/Münchehagen (ssr). Mit einem ausgeklügelten System – dem „Beschwerdebuch-Verfahren“ – sollen alle Bürger, die im Umfeld der ehemaligen Sonderabfalldeponie Münchehagen (SAD) auffällige Veränderungen in den Wasserläufen feststellen, ihre Beobachtungen schnell melden können. Das hat der SAD-Koordinator der Bezirksregierung, Dieter Höllger, vor dem 9. Plenum des Münchehagen-Ausschusses in Loccum angekündigt. Wie ebenfalls mitgeteilt wurde, hat die Heeresfliegerwaffenschule in Bückeburg eingewilligt, ihre Hubschrauberpiloten nicht mehr über die SAD fliegen zu lassen.

Das „Beschwerdebuch-Verfahren“ dient laut Höllger dazu, sämtliche Emissionen in den Vorflutern oder auch an anderen Stellen besser als bisher zu erfassen. „Wir möchten wissen, wo und in welcher Intensität Stoffe auftreten und welche Folgerungen daraus gezogen werden müssen.“ Das „Beschwerdebuch“ liegt beim Pförtner im „Deponiedorf“ direkt vor der Grenze zum benachbarten Landkreis Nienburg aus. Dort kann jeder Bürger den genauen Ort einer beobachteten Emission sowie Aussehen, Geruch und weitere Auffälligkeiten angeben. Der Pförtner ist per Rufbereitschaft mit dem Wennigser Ingenieurbüro Woodward-Clyde International verbunden, das in solchen Fällen künftig sofort an die SAD eilt, um unverzüglich an der Fundstelle Proben zu ziehen. In einem genau festgelegten Verfahren werden diese Proben analysiert und die Ergebnisse den beteiligten Behörden sowie dem „Beschwerdeführer“, also dem künftigen Bürger, mitgeteilt. So sollen umweltgefährdende Stoffe besser erfaßt werden. Wie berichtet, befindet sich die Sanierung der Katastrophen-Kippe, deren Kosten sich in Milliardenhöhe bewegen werden, erst ganz im Anfangsstadium.

Auf Anregung von Heinrich Bredemeier, Sprecher des „Bürgerbüros Münchehagen“, haben die Heeresflieger in Achum eingewilligt, ihre Hubschrauber nicht mehr über das SAD-Gelände fliegen zu lassen. Bredemeier sagte, die SAD sei in der Vergangenheit sehr häufig

überflogen worden. Höllger teilte ergänzend mit, die Bezirksregierung habe bei der Bundesluftfahrtanstalt in Frankfurt/Main beantragt, über dem SAD-Gelände ein Überflugverbot für zivile Flugzeuge (mit Ausnahme von Düsenjets) zu erlassen. Der Koordinator ergänzte, es gelte, einem vermeidbaren Katastrophenpotential auszuweichen. Die Frankfurter Behörde werde die SAD vermutlich in eine Kategorie einstufen, unter der auch Kernkraftwerke erfaßt werden. Zudem installiert die Bezirksregierung auf dem Deponiegelände derzeit ein Luftüberwachungssystem, mit dem systematisch mögliche Gasaustritte aus den Deponiepoldern erfaßt werden.

Dr. Michael Csicsaky vom niedersächsischen Sozialministerium berichtete über Untersuchungen der Dioxinbelastung des Blutes von Deponiearbeitern. Die Ergebnisse seien erstaunlich niedrig ausgefallen, sie lägen deutlich unter dem Schnitt aller Bundesbürger. Dies werfe „offene Fragen“ auf, so Csicsaky, denn es sei „unstrittig“, daß auf der SAD hoch dioxinbelastete Abfälle „im Tonnenbereich“ lagern und daß bei an Blutkrebs verstorbenen Personen im Umfeld der Deponie hohe Dioxinkonzentrationen gefunden worden sind – auch für den Bereich des Landkreises Schaumburg ist eine Blutkrebs-Studie bei einem Bremer Institut in Arbeit (wir berichteten). Um die offenen Fragen zu klären, seien komplizierte Nachuntersuchungen erforderlich.

Schaumb. Nachrichten 26.5.92.